

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 31. März 1925

Gemeindesubventionen. Der Gemeinderat wird sich am Freitag mit einer Reihe von Subventionen beschäftigen, die auf Antrag des Gemeinderates Hiess bereits vom städtischen Finanzausschuss genehmigt worden sind. Es wurde beschlossen, dem Wiener Dombauverein, der alljährlich von der Gemeinde subventioniert wird und der die Aufgabe hat, den baulichen Schäden am Stefansdom durch unausgesetzte Restaurierungen zu begegnen, für das Jahr 1925 eine Gemeindesubvention von zweitausendfünfhundert Schilling zu gewähren. Eine Subvention in der gleichen Höhe hat der städtische Finanzausschuss dem Verein Hauskrankenpflege bewilligt. Der Verein gegen Verarmung, dessen Wirken in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise besonders notwendig ist und der im Jahre 1924 fast sechzigtausend Schilling in Form von Darlehen, Unterstützungen in Geld und Kleidungsstücken an Bedürftige aufgewendet hat, wandte sich an die Gemeinde um eine Unterstützung. Der Finanzausschuss hat für das Jahr 1925 eine Subvention von zweitausendfünfhundert Schilling gewährt. Eine Subvention von tausend Schilling wurde weiters dem im Rahmen des Normenausschusses für Baustoffe bestehenden Unterausschusses für die Normung des natürlichen Gesteins bewilligt. Diese Körperschaft besteht aus Baufachleuten und überprüft an der technischen Versuchsanstalt der technischen Hochschule und an der Prüfungsanstalt des Technologischen Gewerbemuseums verschiedene Sand- und Schottermaterialien. Die Gemeinde hat daran ein grosses Interesse, weil diese Prüfung viele Materialien umfasst, die bei den Strassenbauten verwendet werden und nunmehr auch auf die bei den Wohnbauten der Gemeinde verwendeten Mörtel- und Betonzuschlagsstoffe ausgedehnt werden soll. Schliesslich hat der Finanzausschuss dem Wiener Tierschutzverein für das Jahr 1925 eine Subvention von tausend Schilling und der Freiwilliger Feuerwehr in Kaiserbrunn, wo die Stadt Wien viele Objekte der ersten Hochquellenleitung besitzt, für den Ankauf einer Benzinmotorspritze fünfhundert Schilling bewilligt.

Ausgestaltung des Leopoldstädter Kinderspitals. Die Gemeinde Wien hat, wie seinerzeit berichtet, das Leopoldstädter Kinderspital übernommen und musste gründliche Ausbesserungsarbeiten durchführen. In der heutigen Sitzung des Stadtsenates wurde nun beschlossen, vor allem die Bäder die Abwaschräume und die Teeküchen auszugestalten. Die Kosten der Ausführung dieser Arbeiten stellen sich auf 27.600 Schilling.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 31. März 1925. Zweite Ausgabe

Die Kinderrettungswoche. Die Feuerwehrkapelle veranstaltet am Mittwoch um drei Uhr nachmittags Am Hof in der Inneren Stadt ein Platzkonzert zugunsten der Kinderrettungswoche. Nach Beendigung des Konzertes findet ein Musikzug durch den ersten Bezirk statt.

Ein Blick in das Innere der Räderuhr. Am Mittwoch, den 1. April um 1/6 Uhr abends wird Professor Kaftan, der Leiter des städtischen Uhrenmuseums, im kleinen Saal der Urania vortragen. Der Vortragende wird aus dem reichen Material des Uhrenmuseums eine grosse Zahl von Uhren im Lichtbild zeigen, wodurch auch der Laie einen Einblick in den Mechanismus der Räderuhr gewinnen wird. Der Vortrag dürfte nicht nur allein für Uhrenliebhaber, sondern für jeden, der seine Uhren in gutem Zustand erhalten will, von besonderem Interesse sein.

Die Zahl der Todesfälle im Februar. In Wien sind im Februar 2013 Personen gestorben. Im Jänner starben 2291 und im Februar des vergangenen Jahres 2126 Personen. Die grösste Zahl der Todesfälle im Februar 1925, nämlich 398, entfiel auf Krankheiten der Kreislauforgane.

Die Gemeinde Wien für die Sommerzeit. Die Bundesregierung hat im vergangenen Jahr die Einführung der Sommerzeit mit der Begründung abgelehnt, dass die Nachbarstaaten sich ^{da} gegen ausgesprochen haben. Der Wiener Stadtsenat hat damals die Bundesregierung aufgefordert, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Einführung der Sommerzeit in den folgenden Jahren zu sichern und ins besondere auch eine entsprechende Propagandatätigkeit in den benachbarten Staaten zu entfalten. Die Gemeindeverwaltung hat sich nun kürzlich an die Regierung um Auskunft über den Stand dieser Angelegenheit gewendet. Im Wiener Stadtsenat berichtete heute Magistratsdirektor Dr. Hartl, dass das Bundeskanzleramt der Gemeinde mitgeteilt hat, es sei auch heuer die für die Einführung der Sommerzeit in Oesterreich notwendige Voraussetzung nicht gegeben, weil die gleichzeitige Einführung in den hauptsächlichsten Nachbarstaaten nicht erfolgt ist. Da die Gemeinde Wien in dieser Frage nicht selbständig vorgehen kann, nahm der Stadtsenat diese Mitteilung des Bundeskanzleramtes entgegen und beschloss die Regierung neuerlich aufzufordern, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die dauernde Einführung der Sommerzeit in den künftigen Jahren vorzusorgen.
